



Beklagenswertes Tibet

Über den Aufstand der Tibeter gegen die chinesische Vorherrschaft in ihrem Land vor fünfzig Jahren berichteten wohl alle deutschen Zeitungen. Manche unserer chinesischen Mitbewohner mögen auch das als unfreundliche Berichterstattung angesehen haben, doch vielleicht haben diese Berichte sie nicht weiter interessiert. Die wenigsten wissen etwas über Tibet, seine Menschen und seine reiche Kultur.

Sollten sie diese Berichte als unfreundlich empfunden haben, dann werden sie sich – wenigstens – in Hamburg, darüber gefreut haben, daß die hiesigen Protestaktionen am 10. März von der Presse unbeachtet blieben. Eine Demonstration zum Generalkonsulat der VR China an der Elbchaussee mit anschließender Mahnwache gehörte zu diesen Aktionen, am Abend auch eine Mahnwache vor der Europapassage, diesem Einkaufsmonster. – Die Abbildung zeigt eine ähnliche Demonstration im Jahre 2008 auf dem Gänsemarkt.

Die Tibetinitiative Deutschland, die Gesellschaft für bedrohte Völker und der Verein der Tibeter in Deutschland waren die Träger dieser Proteste, und Hartmut Steckel, Repräsentant der Tibetinitiative in Hamburg mahnte den Hamburger

Senat: "Die vielfältigen wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte Hamburgs zu China und zur Partnerstadt Shanghai schließen die Erfüllung international geltender Normen der Menschenrechte mit ein."

"Gerade seit den Unruhen am 10. März 2008", erklärt Steckel weiter, wurde die Kontrolle und Unterdrückung in Tibet massiv verschärft. Das tibetische Volk steht unter gewaltigem Druck. Wir befürchten eine weitere Zunahme der Gewalt von chinesischer Seite gegen die Tibeter." – Dem ist nichts hinzuzufügen, und beinahe täglich erreichen den Berichterstatter Nachrichten über schlimme repressive Vorgehensweisen der chinesischen Behörden gegenüber Tibetern. Die chinesische politische Führung kann sich freuen, daß diese nie den Weg in die Zeitungen finden, auch nicht die Nachrichten über die rigorosen Kontrollmaßnahmen in Tibet während dieser Tage. Da muß der unbefangene Beobachter schon sehr um Verständnis ringen, um sie als nachvollziehbar zu begreifen.

Andererseits läßt sich nicht verhehlen, daß die politische Programmatik des Dalai Lama und anderer tibetischer Würdenträger, in Tibet und im Ausland, vollkommen unklar ist. Um Autonomie für Tibet und die Tibeter soll es gehen. Dagegen läßt sich nichts einwenden, doch wie sollte solche Autonomie gestaltet werden – in welchen institutionellen Formen, in welchem geographischen Raum? Wie stellen die politischen und religiösen Führer der Tibeter sich die künftigen Strukturen der tibetischen Gesellschaft vor? Über solche Probleme hat schließlich nicht der Dalai Lama allein zu entscheiden.

Die Mehrzahl der heute in Tibet lebenden Menschen sind Han-Chinesen. Ob diese Überfremdung ein seitens China geplanter politischer Prozeß war oder sich durch die gewaltigen Bevölkerungsprobleme einfach ergab, sei dahingestellt. Aus Tibet vertreiben lassen sich diese Chinesen nicht, die sich in gleicher Weise auch schon andere angrenzende Länder erschließen, zum Beispiel Burma/Myanmar.

Da ist zunächst angebracht, daß die politischen und religiösen Führer der Tibeter klare und vermittelbare Zukunftsvorstellungen entwickeln, die zu einer Programmatik führen, welche auch die chinesische Seite zum Nachdenken und Verhandeln bewegt, notfalls auch unter Druck. Ohne ein klares und gemeinsames Programm für alle Tibeter wird dieses Volk das Schicksal vieler anderer Völker im Bannkreis Chinas teilen: Sie gingen unter, sogar das Volk der Mandchuren, das noch die letzten Kaiser von China gestellt hatte. So schnell verlaufen solche Prozesse.